

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Emmy Michler**,
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 4. September 1919, Nr. 357.

Abgabe von Frühkartoffeln. Freitag bis Montag werden in den Bezirken 18, 19, 20 und 21 Frühkartoffeln inländischer Herkunft, und zwar 2 kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Ein neuer Markt in Döbling. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Kokrda der Errichtung eines Marktes auf dem Sonbergplatz und auf dem Platz vor der Fabrik Egger in der Heiligenstädterstrasse zugestimmt. In den vom Magistrat zu dieser Angelegenheit vorgelegten Berichte heisst es, dass die in jüngster Zeit errichteten Detailmärkte an der Einmündung der Quellenstrasse und die Triesterstrasse im X. Bezirk und in der Minwandgasse im XIII. Bezirk nicht den Erwartungen entsprochen haben, die die Bevölkerung auf sie gesetzt hat, was in der Knappheit an Lebensmitteln begründet ist, die es nicht möglich macht eine ausgiebige Beschickung der bestehenden Märkte mit Lebensmitteln sicherzustellen. Da jedoch die Bezirksvertretung und die Bevölkerung von Döbling sich von der Richtung des erwähnten Marktes sich viel verspricht, hat der Stadtrat seine Errichtung beschlossen.

Ein Kredit für das Ziegelwerk in Ober-Laa. Die Gemeinde Wien hat vor 2 Monaten das Ziegelwerk in Ober-Laa angekauft, das einer Ausgestaltung bedarf. Hierüber berichtet in der heutigen Stadtratsitzung StR. Stiegel und beantragte die Gewährung eines Kredites von ungefähr 1 Million Kronen für die Ausgestaltung des Ziegelwerkes. Der Referent betonte, dass der verlangte Kredit voraussichtlich schon im ersten Jahre gedeckt sein werde, da das Ziegelgeschäft jetzt sehr rentabel ist.

Die Ansuchen der Bezirksvertretungen um Bilder aus den städt. Sammlungen. StR. Breitner erstattete heute in Stadtrate einen Bericht über die Ansuchen einzelner Bezirksvertretungen um Entlehnung von Bildern aus den städt. Sammlungen. Die städt. Sammlungen sprechen sich gegen die Gewährung dieser Ansuchen aus, welcher Anschauung sich auch der Referent anschloss. Der Stadtrat fasste den Beschluss, dass die Entlehnung von Bildern aus dem städt. Museum ausserhalb des Rathauses vollkommen unstatthaft ist und ausnahmslos nicht bewilligt werden kann.

Strassenperre für Lastkraftwagen. Der Magistrat erlässt eine Kundmachung, nach welcher für Lastkraftwagen die Durchfahrt in dem Teile des Rennweges zwischen der Kreuzung mit der Ungar- und Fasangasse und der oberen Einmündung der Aspangstrasse untersagt wird. Lastkraftwagen haben statt dieses Teiles des Rennweges die Aspangstrasse zu benutzen. Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen oder Arreststrafen geahndet.

Das Schwimmbad im Schönbrunner-Park. Seit Anfang vorigen Monats ist das Schwimmbad im Schönbrunner Schlosspark in Betrieb und es wird von dem im Schönbrunner Schloss untergebrachten Kindern unentgeltlich benützt. VB. Winter erstattete im Stadtrat einen Bericht, der sich mit der Ausgestaltung des Bades beschäftigt. Es ist beabsichtigt das Bad zu pachten, wobei sich die jährliche Pachtzins auf rund 6.000 K stellen würde. Der Magistrat steht in Verhandlungen, doch wird das Bad mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit erst im nächsten Jahre für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Das Schwimmbad besitzt eine Länge von 78 Meter, es ist nahezu 24 Meter breit. Es weist eine durchschnittliche Tiefe von 2 1/2 Meter auf. Das Wasser erhält das Bad vom Gloriette-Teich.

Lehrerernennungen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Hellmann über die Besetzung einer Bürgerschuldirektorstelle und 5 Oberlehrerstellen. Für erstere schlug er dem Bürgerschuldirektor Karas, für die letzteren die Lehrer Karl Krüger, Ludwig Hartmann, Wasserburger, Friedrich Jenny und Wilhelm Risch vor. Er bezeichnete dieselben als ausgezeichnet qualifizierte Lehrkräfte und beantragte deren Ernennung.

StR. Vaugoin sagte, er habe nichts gegen die Herren, die zur Besetzung vorgeschlagen seien, einzuwenden; er sei nur mit der Art und Weise, wie die Besetzung erfolge, nicht einverstanden. Es sei ein Wunsch der Lehrer, dass ältere Lehrpersonen, welche schon mehr als eine 32 1/2 jährige Dienstzeit haben, für solche Stellen vorgeschlagen werden. Nun sehe man in diesen Vorschlägen Lehrer, welche bereits eine 36 1/2 und 37 1/2 jährige Dienstzeit hätten, ja die meisten hätten die vorgeschriebene Höchstdienstzeit von 32 1/2 Jahren bereits überschritten. Wenn diese Besetzung tatsächlich so, wie sie der Referent in Vorschlag bringt, durchgeführt wird, so wird damit das gemacht, was im direkten Gegensatz zu dem steht, was die Lehrerschaft anstrebt. Es wird damit der Wunsch der Lehrerschaft, im Avancement mit den Buchhaltungsbeamten auf die gleiche Stufe gestellt zu werden, direkt ad absurdum geführt, und es wird das, was die Lehrerschaft erst kürzlich erreicht hat, nämlich die 32 1/2 jährige Dienstzeit, durch die 40 jährige Dienstzeit ersetzt. Das sei überaus hart und ungerecht für die Lehrer und stehe auch in völliger Widersprüche mit dem bisherigen Vorgehen der Majorität, die bei den Beamtenernennungen immer die jüngeren Kräfte für solche Stellen herangezogen hat. Aus diesen Gründen könne er sich diesen Vorschlägen nicht anschliessen. Man möge solchen Älteren Lehrkräften vielleicht anlässlich ihrer Pensionierung einen Titel verleihen, aber die Ernennung zu Schulleitern sei jedenfalls eine Ungerechtigkeit gegenüber den jüngeren Lehrkräften.

StR. Täubler: Es ist gewiss das Prinzip, das bei der Ernennung der Magistratsbeamten eingeschlagen wurde, indem jüngere Leute ernannt wurden, welche noch in der Vollkraft ihrer Jahre stehen, richtig. Wir stehen vor einer Schulreform und wir müssen deshalb auf leitende Posten solche Personen einsetzen, welche mehrere Jahre dort verbleiben können. Diese Gründe anerkennen wir voll und ganz und ich kann den Herrn Vortrager auch die Versicherung geben, dass er in Hinblick mit unseren Ernennungen vollständig zufrieden sein wird. Leider sind wir nicht in der Lage, diese unsere Absichten zu verwirklichen, weil wir in diesem Stadtrate ein Unrecht, ja ein Verbrechen gut zu machen haben, das früher an der Lehrerschaft begangen wurde. Um nur halbwegs der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, müssen wir die Lehrer, die früher übergegangen wurden und denen damit, wie schon gesagt, ein schweres Unrecht zugefügt wurde, unterkürmert um deren Dienstalter, ernennen. Es sind dies durchwegs Leute, die schon längst Anspruch auf Ernennungen gehabt hätten, welche tüchtig und ausgezeichnet qualifiziert waren. So ist der eine, der vorgeschlagen wurde, der Lehrer Jenny, 21 Jahre hindurch Unterlehrer gewesen. Bei 26 Ernennungen wurde er übergegangen. Der Mann war überaus tüchtig und sehr gut qualifiziert, man konnte an ihm absolut nichts aussetzen, nur ist die frühere Partei inner streng nach dem Prinzip vorgegangen, dass nur solche Lehrer ernannt wurden, welche ihr nahestanden oder die dem Vereine der Lehrer und Schulfreunde angehörten. In den letzten Jahren, unter dem Regime d. Michler, haben sich diese Verhältnisse allerdings etwas bessert. Jenny aber hat noch bis zu seinen 40. Lebensjahre mit 720 Gulden jährlich begnügen müssen. Diesen Leuten ist ein fürchterliches Unrecht geschehen und dieses Unrecht müssen wir vorerst gut machen. Wir halten es deshalb für ein Gebot der Gerechtigkeit, dass wir diese Leute ernennen. Die Befürchtungen des Herrn StR. Vaugoin werden, das kann ich Sie versichern, in Wirklichkeit nicht eintreten, weil wir ausdrücklich sagen, dass wir nur die aller grössten Fälle gut machen wollen. Dann werden wir, wie er es wünscht, jüngere Leute ernennen, die längere Zeit auf ihren Stellen verbleiben können. Köhner bittet zum Schlusse den Antrag des Referenten zuzustimmen.

StR. Müller (12. Bezirk) erklärt es als nicht richtig, dass von den Christlichsozialen parteiisch vorgegangen worden sei. So sei es insbesondere unrichtig, dass man die Lehrer, welche Mitglieder des Vereines für Lehrer und

Schulfreunde waren, besonders protegirt hätte. Die Christlichsozialen hätten nie Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit genommen. (Heiterkeit bei der Majorität).

StR. Dr. Kleinböck betonte, dass wenn irgend-jemand ein Unrecht geschehen sei, so sei es selbstverständlich, dass dieses wieder gut gemacht werden müsse. Ob hier ein Unrecht vorliege, das wisse er nicht. Es gehe aber nicht an, dass ein solches angebliches Unrecht auf Kosten der Schulverwaltung gut gemacht werde. Wenn Sie jetzt ältere Lehrer einsetzen, so begehen Sie hiermit neuerlich ein Unrecht. StR. Haider bemerkte, dass wenn tatsächlich ein Unrecht begangen worden sei, dieses wieder gut gemacht werden müsse. Nun könne dies nur in einem Falle behauptet werden. Sie (zur Majorität gewendet) gehen daher zu weit, wenn Sie sagen, dass die frühere Majorität in zahlreichen Fällen absichtlich parteiisch vorgegangen sei. Ebenso geht es nicht an, dass diese Wiedergutmachung nunmehr auf Kosten der Lehrerschaft gemacht werden solle, indem die Dienstzeit derselben auf Jahre hinaus verlängert wird.

StR. Speiser betonte, dass er die Erregung, die bei dieser Debatte seine Kollegen Täubler gereizt hat, sehr begreiflich finde. Man dürfe nicht vergessen, dass er selbst einer derjenigen ist, welche an ihrem eigenen Leibe gespürt haben, was es heisst, wenn man eines Tages in seine Schule hinein will und man bekommt beim Eintritt ein Dekret in die Hand, dass das Schulhaus versperrt ist - ein Mann, der als pädagogischer Schriftsteller weit bekannt war, der als fleissiger und gewissenhafter Lehrer sich bewährt hat und der allerdings den Fehler begangen hat, für eine selbstständige aufrechte Organisation einzutreten, zu einer Zeit, wo die herrschende Partei eine solche Organisation nicht dulden wollte. Ich begreife daher die Aufregung des StR. Täubler vollständig. Wenn nun sachlich eingewendet wurde, dass es von Standpunkte der Schulverwaltung aus nicht gut sei, dass Ältere Lehrer an leitende Posten kommen, weil sie sich diesem Posten nicht mehr lange widmen können und damit nicht jene Kontinuität in der Schulverwaltung erhalten, welche notwendig ist, so kann man diesen Argumenten nur zustimmen und ich glaube die Versicherung geben zu können, dass wenn die allergrössten Fälle von Präterier ungen erledigt sein werden, wir zu jenem Prinzip zurückkehren werden, von dem StR. Vaugoin gesprochen hat. Wenn auch unsere Objektivität ungenügend wird, so will ich bemerken, dass wir bereits die schwersten Vorwürfe für unsere bis zur Selbstverleugung geübten Objektivität erdulden mussten, dass wir aber nichts desto weniger, trotz dieser Angriffe an dieser Objektivität festhalten werden. Im Uebrigen freue ich mich, dass Sie zugestanden haben, dass früher Unrecht geschehen ist. Ich verweise diesbezüglich nur auf die Lehrer-einreihung im Jahre 1904, die wirklich eine Massenmassenregelung von Lehrern war. Dass Sie das Unrecht zugestanden haben, ist ein erfreuliches Zeichen, weil dadurch vielleicht die Möglichkeit gegeben wird, dass wir uns auch auf diesem Gebiete zu einem gemeinsamen Vorgehen noch zusammen finden werden.

Referent StR. Hellmann betonte in seinem Schlusswort, dass es ihm zur Befriedigung gereiche nach Möglichkeit das Unrecht, das so vielen während der christlichsozialen Herrschaft im Rathause zugefügt wurde, gutzumachen. Von diesem Gesichtspunkte aus werden noch die kommenden Lehrerernennungen diktiert werden, denn es werde längere Zeit erfordern, bis man alle Opfer der christlichsozialen Gewaltpolitik für ihre erlittenen Nachteile entschädigt habe. Bei der Abtinnung wurden die Gegenanträge des StR. Vaugoin, wonach sie an erster Stelle von Ortsschulräte vorgeschlagenen Lehrpersonen ernannt werden sollen, abgelehnt und die Anträge des Referenten angenommen wurden.

Ein Antrag des StR. Müller Josef, dem zufolge eine Abstimmung der Lehrerschaft über die Aufrechterhaltung der Bezirksgrenzen bei Stellentestungen vorgenommen werden solle, wurde gleichfalls mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Kriegswohnhäuser auf der Schmelz. Das Stadtbauamt hat für den Bau von 53 Häusern auf der Schmelz für den 15. September eine öffentliche Anbotverhandlung anberaumt. Zur Vergebung gelangen Erd-, Baumeister-, Zimmermanns-, Stukkatur- und Tischlerarbeiten, sowie die Lieferung und Herstellung von Betondecken. Nähere Angaben sind in Antheilblatte der Stadt Wien, Heft 21, enthalten.